

Kiez gegen Kapital

Die Initiative „Crellekiez-Zukunft“ wehrt sich gegen Investorenpläne in Schöneberg

Von Benedict Ugarte Chacón

In der Nähe des Kleistparks in Schöneberg will die Property Service Group (PSG) das unbebaute Grundstück Crellestraße 22a entwickeln. Ursprünglich sollte dort ein Spielplatz entstehen. So zumindest hatte es der damalige Baustadtrat und heutige Innenstaatssekretär Bernd Krömer (CDU) der Bezirksverordnetenversammlung 2007 mitgeteilt. Geplant ist nun ein siebenstöckiges Haus mit hochwertigen Eigentumswohnungen und Gewerbeeinheiten. Die Bürgerinitiative kritisiert, dass der Neubau „in seinen extremen Ausmaßen“ zu schnell und intransparent genehmigt wurde. Der Bau würde zu einer größeren Verdichtung im ohnehin hoch verdichteten Kiez führen und die Verkehrssituation in der Crellestraße weiter verschlechtern.

Am Neubauprojekt wird auch kritisiert, dass drei Linden für das Projekt weichen sollen. Deren Fällung konnten die erzürnten Anwohner/innen bislang mit zivilem Ungehorsam verhindern. Die Bäume befinden sich auf öffentlichem Straßenland vor dem Grundstück. Nach Aussagen eines vom Bezirksamt beauftragten Gutachters stünden zwei der Bäume dort, wo laut Plänen des Investors Erker aus dem Gebäude ragen sollen, und der dritte müsste so weit beschnitten werden, dass er auf lange Sicht nicht überleben könnte. Nach Angaben der Bürgerinitiative verhielt sich die PSG bisher in keiner Weise kompromissbereit und will die Bäume so schnell wie möglich beseitigen. Am 2. Juli sollten Tatsachen geschaffen werden und morgens um drei Uhr wurden parkende Autos abgeschleppt. Der frühe Zeitpunkt wurde wohl gewählt, weil Anwohner/innen täglich ab sechs Uhr morgens die Bäume bewachen. Nach Angaben der Bürgerinitiative hätte das Fällkommando allerdings nicht einmal eine Genehmigung vorlegen können. Das Auffahren schwerer Geräte verhinderten sie trotz der eingesetzten 50 Polizist/innen mit einer Sitzblockade. Am Tag zuvor hatte der Umweltschutzverband BUND einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht eingereicht. Nach Auffassung der Naturschützer verbietet das Bundesnaturschutzgesetz eine Fällung innerhalb der Vegetationsperiode.

SPD und Grüne auf Investorenmseite

Die zum anberaumten Fälltermin anwesende Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg Angelika Schöttler (SPD) wollte sich von diesem gerichtlichen Vorgang zunächst nicht beirren lassen und die Bäume sofort beseitigen – was zu heftigen Diskussionen mit den Anwohner/innen führte. Das Verwaltungsgericht erließ schließlich eine Zwischenverfügung. Am 19. Juli untersagte schließlich das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg dem Bezirksamt, die drei Linden während der Vegetationszeit, also bis zum 30. September, ohne vorherige Beteiligung des BUND zu fällen. Die Bezirksverordnetenversammlung beschloss Ende Juni, das Bezirksamt mit der Prüfung zu beauftragen, ob die Baugenehmigung ohne Regressansprüche des Investors ausgesetzt werden kann und ob die Geschossflächenzahl begrenzt werden kann. Jedoch hatte bereits Mitte Juni die für Stadtentwicklung zuständige Stadträtin Sibyll Klotz (Bündnis 90/ Die Grünen) in einer Antwort auf eine Große Anfrage der Bezirks-Fraktionen von Linke und Piraten mitgeteilt, dass die Investoren Änderungen am Bauvorhaben „aufgrund des Verkaufsstands abgelehnt“ hätten. Die Befürchtungen der Anwohner/innen teilt die Stadträtin nicht: „Der Neubau ist aus städtebaulicher Sicht eine Weiterentwicklung der prägenden Gründerzeitbebauung zwischen Crellestraße, Hauptstraße

und Langenscheidtstraße.“ Kritik gibt es dennoch weiterhin aufgrund der genehmigten hohen baulichen Dichte und die Initiative will „Licht in die dubiosen Vorgänge rund um die Baugenehmigung bringen“. Der Geschäftsführer der PSG Christian Henke äußerte gegenüber dem Tagesspiegel sein Unverständnis für den Ärger der Anwohner/innen. Schließlich hätte man alle Genehmigungen und diese seien weder erschlichen noch erkaufte. Die PSG und ihre rabiaten Methoden waren in den letzten Jahren allerdings bereits Gegenstand kritischer Berichterstattung. In der Boxhagener Straße in Friedrichshain hatte sie vor wenigen Jahren mehrere Gebäude gekauft, um diese zu einem Wohn- und Gewerbekomplex zu entwickeln. Die ursprünglichen Mieter/innen wurden mit Schikanen überzogen: So wurden zum Beispiel Treppenhausfenster im Winter herausgerissen und den Mieter/innen sollte sogar verboten werden, Kohlen in ihrem Keller zu lagern.

Weitere Informationen: www.crellekiez-zukunft.com

MieterEcho 362/September 2013